

=====

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDEN

(Karl Liebknecht)

ÖSTERREICHISCHE KOMMUNISTISCHE ZEITUNG

ORGAN DER INTERNATIONALEN

KOMMUNISTEN

ÖSTERREICHISCHS

(Sektion der Vierten Internationale)

Oktober 1952

Nr. 71

Preis S 2.-

=====

=====

DIE ÖVP GREIFT WEITER AN:

=====

TSCHADEK MUSSTE GEHEN!

=====

Die ÖVP konnte einen nicht zu unterschätzenden Erfolg buchen: Justizminister Tschadek (SP) trat zurück und an seine Stelle wurde ein "unparteiischer Rechtsmann", Gerö, eingesetzt. Der offizielle Kommentar der SP dazu ist folgender: "Tschadek habe es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren können, daß in der nun kommenden Periode des Wahlkampfes ein Parteimann an der Spitze der Justiz, die unabhängig sein soll, stehe. Gleichzeitig soll durch diesen Schritt der Hetze der ÖVP über die gefährdete Unabhängigkeit der Gerichte der Wind aus den Segeln genommen werden." Es wird nun wenige geben, die an die Aufrichtigkeit dieser Stellungnahme glauben. Auch die SP-Führung glaubt nicht daran, sie ist ja nur zur "Beruhigung" der SP-Arbeiter und zur Verschleiерung ihrer Niederlage bestimmt. Auf der anderen Seite feiert die gesamte kapitalistische Presse den Abgang Tschadeks als Sieg. Maletta sagte auf einer Sitzung der ÖVP-Bundesleitung, daß durch den Rücktritt Tschadeks eine alte Forderung der ÖVP erfüllt worden sei.

Was bedeutet der Abgang Tschadeks wirklich? Sein erzwungener Rücktritt ist ein wesentlicher Teil der reaktionären Pläne der Raab & Co. Selbstverständlich hatte sich dadurch, daß ein SP-Mann an der Spitze des Justizministeriums stand, nichts Grundlegendes an der von CV-Richtern und CV-Staatsanwälten getragenen Klassenjustiz der Gerichte geändert. Die ÖVP hat aber durch den Wechsel im Justizministerium zwei Erfolge auf einmal erreicht. Erstens wurde durch diesen Schritt das "Kräfteverhältnis" in der Regierung wieder auf den Stand vor den Wahlen 1949 gebracht, die SP hat jetzt einen Minister und eine "Machtposition" weniger. Zweitens hat die unter der Leitung Tschadeks von der SP groß aufgezogene Kampagne

gegen die Korruption in den verstaatlichten Betrieben und Großbanken mit einem eindeutigen Sieg der ÖVP geendet. Fast alle Angeklagten sind auf freiem Fuß, ihre Prozesse, wenn solche überhaupt vorgesehen waren, werden auf den Nimmerleinstag verschleppt. Der Akponent der Anklage, Tschadek, wurde zum Angeklagten und - mußte gehen. Eine bürgerliche Zeitung brachte dazu eine Illustration: der "Justizia" wurde die rote Binde abgenommen und eine weiße umgebunden. Offenbar wollte sie damit andeuten, daß sie für die Joham & Co. weiter blind bleiben soll.

Malotta sagte auch, daß durch den Rücktritt Tschadeks erst eine der Forderungen der ÖVP erfüllt wäre. Und die ÖVP hat noch viele Forderungen in ihrem Programm: Die Schillingabwertung (lies: Preissteigerungen), die "Verwaltungsreform" (lies: Beamtenabbau), die Fortsetzung der Kamnitz-Sanierung, den Rücktritt Waldbrunners und die Verstaatlichung von Betrieben, die Abschaffung der Zivilehe, die Gleichstellung der katholischen Schulen usw. Raab fügte hinzu, daß sie, wenn die SP nicht bereit sei, den Forderungen der ÖVP nachzugeben, für vorzeitige Neuwahlen eintreten werden.

Zweifellos werden sich die durch Aufrüstung und zurückgehende Konjunktur auftretenden Schwierigkeiten innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft auf Österreich, als eines der schwächsten Glieder der kapitalistischen Wirtschaft, im nächsten Winter besonders stark auswirken. Die ÖGB-Führung rechnet mit 300.000 Arbeitslosen. Die Klassenkampflage wird dadurch eine weitere Zuspitzung erfahren.

Wird die SP-Führung größeren Widerstand als bisher gegen die reaktionären Pläne der Kapitalisten, die auf eine Überwindung ihrer Schwierigkeiten auf Kosten der Massen hinauslaufen, leisten? Schärf hat bereits erklärt, daß sich auch nach den Neuwahlen in der Koalition nichts ändern wird, d.h. daß die rechte SP-Führung bereit ist, alles zu schlucken, wenn ihr nur ihre "Machtpositionen" in der Regierung bleiben. Es gibt noch andere wichtige Gründe für die Aufrechterhaltung der Koalition außer der Bereitschaft der Schärf und Helmer dazu. Der USA-Imperialismus und auch ein großer Teil der ÖVP sind für die Aufrechterhaltung der Koalition, da ihnen in der heutigen Lage eine SP in der Regierung angenehmer ist, als eine SP in der Opposition. Sie wollen sich darauf beschränken, den Einfluß der SP in der Regierung zurückzudrängen, aber für die Aufrechterhaltung des "sozialen Friedens" ist sie ihnen unentbehrlich.

Für die Entwicklung der SP-Politik sind aber nicht nur die Absichten und der Wille der Rechttesten unter den rechten SP-Führern entscheidend, sondern es gibt noch andere Faktoren, die sie beeinflussen werden.

An der allgemeinen Passivität der österreichischen Arbeiterklasse ist die Stalinpartei, der zufolge sich die große Mehrheit der Arbeiter aus Angst vor der Volksdemokratie scheut, und in erster Linie die SP-Führung, die seit 1945 systematisch jede außerparlamentarische Aktivität der Arbeiterklasse bremste oder aufs Nebengleise schob, schuld. Es hat sich schon bei einigen Anlässen (Starhenbergfrage, Bauarbeiterdemonstration, Handelsangestelltendemonstration, Bauarbeiterstreik) gezeigt, daß sich ein Teil der SP-Bürokraten (z.B. Olah) gezwungen sieht, gewisse Teile der Arbeiter zu mobilisieren, um auf die ÖVP einen Druck auszuüben. Diese Leute von Olah werden es auch zu verhindern versuchen, daß die Arbeiter vollständig der Lethargie verfallen und demoralisieren. Sie wissen oder fühlen es stärker als die Schärf, Helmer und Waldbrunner, die bereits jeden Kontakt mit den Arbeitern verloren haben, daß bei einem

vollständigen Zusammenbruch des Widerstandswillens der Arbeiter auch ihr Ende gekommen ist. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß die Scheinlinken um Olah die Hitlerzeit im KZ verbracht haben, während die "Realpolitiker" in dieser Zeit in der Emigration oder in bürgerlichen Berufen weiterlebten.

Wir können damit rechnen, daß sich bei einer weiteren Verschärfung der Klassenkampfes auch die Differenzen innerhalb der SP-Bürokratie vergrößern werden. Die "Linken" werden sich vor allem auf den unzufriedenen Teil der Vertrauensmänner stützen, um sich gegen die Rechten durchsetzen zu können. Auch die linken Phrasen werden zunehmen. Dazu kommt noch die Vorbereitung der nächsten Wahlen, wo die SP ihre Wähler zumindest im bescheidenen Maße gegen die ÖVP mobilisieren muß.

Selbstverständlich wäre es falsch, zu glauben, daß sich auf Grund der oben geseigten Entwicklungstendenzen in der SP, diese jetzt zu einer grundlegenden Änderung ihrer Politik übergehen wird. Wir wollen damit nicht mehr sagen, als daß eine von den objektiven Bedingungen hervorgerufene Unzufriedenheit in den Reihen der SP-Arbeiter und Vertrauensleute zusammen mit der Unsicherheit der SP-Führung, die durch die Angriffe der ÖVP und dem Druck aus den eigenen Reihen entsteht, eine Lage schaffen wird, die diese mit immer größerer Möglichkeit Dinge machen lassen wird, deren Folgen sie weder voraussehen noch verhindern kann. Die SP-Führung wird gezwungen sein, größeren Widerstand gegen die Offensive der ÖVP zu leisten und zu diesem Zwecke auch die Arbeiter mobilisieren müssen.

Um die österreichische Arbeiterschaft wieder in Bewegung zu bringen, bedarf es ungleich wichtigerer Ereignisse als die gegenwärtig sich in der SP abzeichnenden. Aber die SP, schon garnicht die österreichische, ist nicht etwas, das sich im luftleeren Raum entwickelt. Die gesteigerten Kriegsvorbereitungen der Imperialisten, die zerrüttete kapitalistische Wirtschaft, der Widerstand der amerikanischen Arbeiterklasse, die Entwicklung der kolonialen Revolution, alles das sind Ereignisse, die den SP-Arbeitern den einzigen Ausweg aus der Lage immer deutlicher vor Augen führen wird: Den konsequenten Kampf gegen den Kapitalismus. Es ist die Aufgabe unserer Bewegung, ihnen dabei zu helfen.

Z U R W E L T L A G E
=====

Ungewisse Konjunkturaussichten!

"Die Presse" (Wochenausgabe vom 16.8.52) bringt unter dem Titel "Ungewisse Konjunkturaussichten" einen interessanten ökonomischen Artikel. Am Beginn steht die Frage: "Ob der Konjunkturrückgang, der sich derzeit in erster Linie auf dem Sektor der Verbrauchsgüterindustrie auswirkt und der zu einer weltweiten Erscheinung geworden ist, den Auftakt zu einer weiter um sich greifenden Wirtschaftskrise darstellt oder nicht?" Der Autor des Artikels berichtet dazu, daß sich eine Expertenkommission der OEEC und die Wirtschaftsforschungsinstitute verschiedener Länder mit dieser Frage beschäftigt hätten und - zu einem sehr mageren Ergebnis gekommen seien. Die Experten sprächen "von einer Ungewißheit der internatio-

nenalen Konjunkturaussichten" und sind der Ansicht, "daß im laufenden Jahr die depressiven und die Auftriebskräfte ungefähr gleich stark sein werden". Über die im Jahre 1953 zu erwartende Entwicklung schweigen sich die "Experten" aber aus.

Nach der Ansicht der "Presse" gibt es zwei Hauptursachen für das "gestörte Gleichgewicht" der Weltwirtschaft. Erstens sei der durch die Zerstörungen des 2. Weltkrieges bedingte "Nachholbedarf" gedeckt und zweitens die ERP-Hilfe praktisch zuende gegangen. Die Nachkriegskonjunktur, die nach dem zweiten Weltkrieg länger dauerte als nach dem ersten, habe bereits 1950 abzubrecheln begonnen und sei nur durch die Korea-Konjunktur etwas hinausgeschoben worden. Die Einstellung der ERP-Hilfe habe die Außenhandelsbilanzen der europäischen Länder wieder stark passiv gemacht, der Dollarmangel zwingt diese Länder zur Drosselung der Importe und führe zu verstärktem Wettbewerb auf den internationalen Märkten, der in Zukunft eine die Existenz der Schwachen bedrohende Form annehmen werde.

Weiter stellt die "Presse" fest: "Die Lösung des Problems 'Butter oder Kanonen' ist bis jetzt, zumindest in Europa, noch niemand gelungen. Nur die USA scheinen nach dieser Richtung hin, gestützt auf ihre ungeheure Rüstungskapazität, eine Ausnahme zu machen." Die Aufrüstung steigere die inflationistischen Tendenzen in allen Ländern, auch in den USA. In den europäischen Ländern verhindere die Aufrüstung den Import von lebensnotwendigen Waren und führe zu ihrem Ruin. Das beste Beispiel sei England, dem es, trotz größter Sparsamkeit, einfach nicht gelänge, seine Außenhandelsbilanz in Ordnung zu bringen. Es werde zur Einschränkung der Aufrüstung und gleichzeitig zu verschärfter Konkurrenz kommen.

Diese sächlichen Feststellungen der "Presse" sind eine ernste Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und ihrer Perspektive. Die Kapitalisten sehen in diesen Dingen viel besser als zum Beispiel der SP-"Theoretiker" Csernetz, dem solche Tendenzen der wirtschaftlichen Lage, Tendenzen des verfaulenden Kapitalismus, noch nie aufgefallen sind.

"Ungewisse Konjunkturaussichten" für die nächsten Monate hat die kapitalistische Wirtschaft, wobei "sich die 'Experten' noch ausschweigen, wie die Entwicklung 1953 weitergehen wird". Und welche Aussichten hat die gesamte kapitalistische Welt überhaupt, wie steht es mit den anderen Faktoren ihrer Entwicklung?

Die Beziehungen der Weltmächte!

Die verstärkte Konkurrenz auf dem Weltmarkt bestimmen die Beziehungen der Imperialisten untereinander. Das Wiederauftreten Deutschlands und Japans als ernste Konkurrenten verschärfen die Lage noch mehr.

Die Aufrüstung und die militärischen Ausgaben für die Behauptung der letzten Positionen ihres schon stark zusammengeschmolzenen Weltreiches bringen England und Frankreich an den Rand des Ruins. Sie sind gezwungen, die Aufrüstung abzustoppen, um den größten Schwierigkeiten zu entgehen. Deutschland, Japan und Italien haben sich nur mit Hilfe des amerikanischen Imperialismus und durch Auspressung ihrer eigenen Massen von den Verlusten des 2. Weltkrieges einigermaßen erholen können. Ihre militärische Schlagkraft vor dem 2. Weltkrieg können sie aber trotz aller Bemühungen des USA-Imperialismus noch lange nicht wiederherstellen.

Bisher ist es dem USA-Imperialismus, dank seiner ungeheuren Reserven, gelungen, die auftretenden Schwierigkeiten innerhalb der

Front der Imperialisten mit Dollars zu beseitigen oder zumindest einzudämmen. Aber auch die Dollars werden knapp und selbst die großen Reserven des amerikanischen Imperialismus sind nicht unerschöpflich. Korea, Indochina, die Aufrüstung verschlingen Unsummen. Persien und Ägypten sind Brennpunkte der kolonialen Revolution, aber auch äußerst gefährdete Brennpunkte der imperialistischen Strategie. Zur "Stabilisierung" der Lage in Persien sind die USA bereit, den ehemaligen Ölbesitz Englands zu opfern, aber aus eigenem nur 15 Millionen Dollars beizutragen. Naguib will Waffen und Geld von den USA, England braucht eine neue Anleihe, Frankreich will Geld und Rüstungsaufträge usw. Die Dollarstrategie ist an einem kritischen Punkte angelangt: Die "Hilfsbedürftigen" werden immer zahlreicher und die Dollars zu wenig.

Für anfangs Oktober wurde der 19. Kongreß der KP Rußlands einberufen. Es wird dies der erste Parteikongreß nach 13 Jahren sein. Der letzte Kongreß fand am Vorabend des zweiten Weltkrieges statt. Der Hauptgrund für die Einberufung des 19. Kongresses dürfte ebenfalls darin liegen, daß die Kremlobükratie durch das Herandrücken des Kriegsbeginnes gezwungen ist, der Masse der Parteimitglieder, auf deren Einsatzbereitschaft sie sich im Kriege besonders stützen muß, gewisse Konzessionen zu machen. Ein Kommentar Chruschtschews, einer der drei Männer, die allmählich Stalin ersetzen sollen, zu den dem Kongreß vorgelegten "Statutenänderungen" weist deutlich in dieser Richtung. Er kritisiert, "daß ein Teil der Parteimitglieder zu Unrecht annähme, es gebe in unserer Partei zwei Disziplinen, nämlich eine für die gewöhnlichen Mitglieder und eine andere für die Chefs", ebenso fordert er eine "Kritik an der Wurzel". Weiters fügte er hinzu: "Die politische Wachsamkeit ist eine Pflicht. Aus diesem Grunde wird in den Statuten festgelegt, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, die Staatsgeheimnisse zu respektieren; jede Weitergabe geheimer Dokumente stellt ein schweres Verbrechen gegenüber der Partei dar." Auch eine gewisse Wendung der Stalinparteien in den westeuropäischen Ländern, auf die wir in einem anderen Zusammenhang noch zurückkommen werden, deutet darauf hin, daß der Kreml mit dem Ausbruch des Krieges in nicht allzuferner Zukunft rechnet, ein Kompromiß mit dem "Westen" von einiger Dauer immer unwahrscheinlicher wird.

Im August haben neue Verhandlungen zwischen Moskau und Peking in Moskau begonnen. Seit dem Vertrag von 1950 hat sich einiges geändert. Auf der einen Seite ist es dem Mao-Tse-Tung-Regime gelungen, China so weit zu stabilisieren, daß es zu einer Weltmacht geworden ist, die weder von den Imperialisten noch vom Kreml übersehen werden kann. Auf der anderen Seite zwingt die derzeitige Weltlage sowohl die SU als auch China zu immer engerer Zusammenarbeit, um sich gegen die allimperialistischen Angriffe verteidigen zu können. Sowohl die Erfahrung mit Jugoslawien, das der Kreml durch seine Politik ins Lager der Imperialisten gestoßen hat, als auch das ganz anders liegende Kräfteverhältnis gegenüber allen anderen Glacisstaaten wird den Kreml zwingen, mit Mao-Tse-Tung und Tschu-En-Lei vorsichtig umzugehen. Tschu-En-Lei wird vor allem die Einlösung des Vertrages von 1950, die Rückgabe der südmandschurischen Eisenbahn mit Port Arthur und wirtschaftliche und militärische Hilfe in größerem Ausmaß als bisher verlangen. Der Kreml wird gezwungen sein, Zugeständnisse zu machen, will er sich nicht selbst den Ast absägen, auf dem er sitzt. Die SU und China sind aufeinander angewiesen, aber die SU ist vor allem angewiesen auf die Unterstützung der koreanischen Revolution, deren Symbol Mao-Tse-Tung-China geworden ist.

Der "Kalte Krieg", durch den die Beziehungen der Imperialisten und dem von der SU geführten Lager bestimmt werden, geht weiter. Der Koreakrieg wird zu einem Abnutzungskrieg von immer größerem Ausmaß. Es gibt noch mehrere Punkte (Persien, Lirna, Indochina), bei denen es zu einer ähnlichen Lage wie in Korea kommen kann. Der amerikanische Imperialismus kann es sich aber nicht mehr leisten, seine Kräfte noch weiter zu verzetteln. Er hat sich bereits an so vielen Punkten engagiert, daß ihn jede weitere notwendige "Hilfsaktion" in militärischer, wirtschaftlicher oder politischer Hinsicht vor die Alternative stellen wird, entweder sich die Ermattungsstrategie des Kremls aufzwingen zu lassen und dabei zuzusehen, wie sich das Kräfteverhältnis weiter zugunsten der SU, Chinas usw. ändert, oder das Risiko des Krieges in kurzer Frist auf sich zu nehmen.

Durch diese Entwicklung laufen aber auch die verschiedenen Konzeptionen der amerikanischen Außenpolitik, sowohl die von Truman-Acheson als auch die von Taft-Mac Arthur in eine einzige zusammen. Und diese Konzeption zeichnet sich immer deutlicher ab. Es ist dies die Auffassung, daß es notwendig ist, sich zumindest an den strategisch wichtigsten Punkten in Europa so stark wie möglich zu machen, um von hier aus den Angriff gegen die SU beginnen zu können. Eine vollständige Preisgabe Europas, darüber sind sich fast alle amerikanischen Experten einig, kommt nicht in Frage, denn das würde bedeuten, der SU und ihren Verbündeten ein derartig großes wirtschaftliches, politisches und militär-strategisches Übergewicht zu überlassen, das durch keine noch so großen Anstrengungen wettgemacht werden kann. Diese Entwicklung der amerikanischen Strategie zeigt, daß sich die USA-Imperialisten klar sind, welches ungeheure Risiko der Krieg für sie bedeuten wird und in welcher Zwangslage sich die amerikanische Politik befindet.

Die koloniale Revolution

Die Revolution in Persien und Ägypten hat ein neues Stadium erreicht. Die Politik Mossadeqs wie die Naguibs liegt auf derselben Linie. Sie drohen den Imperialisten: "Wenn ihr unsere Selbständigkeit und Unabhängigkeit nicht respektiert, ja, wenn ihr uns nicht ausreichend unterstützt, dann werdet ihr bald keine Gelegenheit mehr haben, mit uns zu verhandeln, dann werden uns unsere unzufriedenen Massen stürzen und ein Regime errichten, das eine ungleich größere Gefahr als wir für euch bedeuten wird."

Die Imperialisten sind sich bereits klar darüber, daß sie ihre alten Positionen in Ägypten, Persien und anderen Kolonialländern nie mehr einnehmen werden können. Ihre Überlegungen gehen dahin, mit welchen Mitteln und Anstrengungen es ihnen gelingen könnte, die Lage wenigstens zu stabilisieren und eine weitere Ausbreitung der kolonialen Revolution zu verhindern.

Aber die koloniale Revolution ist weit davon entfernt zu stagnieren, im Gegenteil, sie breitet sich immer weiter aus. Sie hat nach ihren Erfolgen in Asien im letzten Jahre fast ganz Afrika erfaßt. In Nordafrika zeigt sich, daß die "Reformen", die Frankreich durchführen will, bereits zu spät kommen; in den England in Afrika noch verbliebenen Kolonien beginnen sich die Farbigen zu rühren. In Südafrika breitet sich der von Indern begonnene "Ungehorsamkeitsfeldzug" aus, bereitet dem Malan-Regime große Schwierigkeiten und hat zu großen Differenzen in der herrschenden weißen Klasse geführt, was, wie bei jeder Revolution, ein Zeichen ihrer Unsicherheit ist.

Die antiimperialistischen Tendenzen in den Halbkolonien Südamerikas verstärken sich. Die Revolution in Bolivien behauptet sich hartnäckig und tapfer gegen die Versuche der USA-bürgerlichen Bourgeoisie und ihrer kleinbürgerlichen Agenten in der MNR, sie zu kastrieren und versenden zu lassen.

Die von Millionenmassen getragene Kolonialrevolution entwickelt eine Dynamik, die weder durch Gewaltanwendung noch durch Reformen auf die Dauer aufgehalten werden kann. Ihre große Chance besteht darin, daß die Imperialisten keine Zeit und Möglichkeit haben, sich mit ihrer Unterdrückung zu befassen. Sie ist heute zum wichtigsten Verbündeten der proletarischen Weltrevolution geworden. Es gehört zur Aufgabe der IV. Internationale, beiden Teilen, den kolonialen Massen und dem Weltproletariat, bewußt werden zu lassen, welche große Chance sie haben, ihren gemeinsamen Feind, den Weltimperialismus, zu besiegen, wenn sie dieses Bündnis vertiefen und ausbauen.

Klassenkampf und Arbeiterbewegung

Aufrüstung, abbröckelnde Konjunktur und Inflation Gefahr verschlechtern die Existenzbedingungen der Massen. Dauernd, führen zur Verschärfung der Klassenkämpfe in allen kapitalistischen Ländern.

Der Widerstand der Massen ist in den einzelnen Ländern sehr verschieden, manchmal nur passiv. Aber er ist immerhin so stark, daß er die Handlungsfreiheit der Kapitalisten stark einschränkt. Die Kampfkraft der Arbeiterklasse ist intakt. Es schlummern große potentielle Kräfte in ihr, die von Zeit zu Zeit zum Durchbruch kommen und von ihrer opportunistischen Führung und den kapitalistischen Regierungen höchstes taktisches Geschick zu ihrer Beruhigung erfordern.

In den letzten Wochen und Monaten gab es die wichtigsten Kämpfe große Streiks in den USA (Stahlarbeiter, Kohlenbergarbeiter und einen unter reformistischer Führung stehenden Generalstreik gegen die Einführung der zweijährigen Militärdienstpflicht in Belgien. Diese Kämpfe endeten mit guten Erfolgen und besonders der Stahlarbeiterstreik in den USA zeigte, in welche Lage ein konzentrierter Einsatz der Kampfkraft der Arbeiterklasse den Kapitalismus bringen kann. Der Ausfall der Stahlproduktion brachte die Aufrüstung und die gesamte Produktion in Unordnung und zwang die Stahlunternehmer, von der Regierung selbst unter Druck gesetzt, zum Nachgeben.

Die Verschärfung der Klassenkämpfe in England drückt sich in der von Bevan geführten Opposition in der LP aus. Wie unkonsequent, opportunistisch und voll von Illusionen Bevan auch sein mag, er ist in der gegenwärtigen Bewegung der englischen Arbeiterklasse zum Symbol des Kampfes gegen Kapitalismus und Krieg geworden. Die Churchill-Regierung legt den Arbeitern immer neue Lasten auf, die Arbeiter wehren sich, stellen Lohnforderungen und schimpfen auf die zum Krieg treibenden amerikanischen Imperialisten; dadurch werden sie zu Bevanisten. Aber die Arbeiter wollen nicht nur schöne Reden über den Sozialismus hören, sondern sie wollen kämpfen gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus, der, wie Bevan ihnen sagt, für sie besseres Essen, bessere Kleidung, besseres Wohnen und keinen Krieg bedeuten soll. Die Erfahrungen werden diesen Arbeitern aber bald zeigen, daß sie von Bevan lernen konnten, was Sozialismus ungeführt ist, daß sie sich aber, wenn sie dort hingelangen wollen, andere Führer suchen müssen.

In Westdeutschland ist die Arbeiterbewegung in einem langsamen Wiederaufstieg begriffen. Die SP hat sich durch ihre oppositionelle

Haltung zum "Generalvertrag" und "Europäarmee" und ihr Eintreten für die Einheit Deutschlands gewisse Sympathien in den Arbeitermassen erworben, da sie dadurch ihren Wünschen nach Freiheit und Frieden Ausdruck verliehen hat. Hier gilt Ähnliches, wie für den Levahismus in England. Es ist Aufgabe der revolutionären Kader der IV. Internationale, zusammen mit den SP-Arbeitern für die Verwirklichung der im Interesse der Arbeiterklasse liegenden Ziele zu kämpfen, die SP-Führer immer wieder beim Worte zu nehmen, damit die Arbeiter, die heute noch Bevan und den deutschen SP-Führern folgen, an Hand ihrer eigenen Erfahrungen lernen, die Illusionen und den Opportunismus der SP zu überwinden.

In Frankreich folgt die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse noch immer der Stalinpartei. Die Stalinisten haben die französischen Arbeiter in der Nachkriegsperiode chauvinisiert, ihre Kampfkraft ausgenützt, um die Bourgeoisie zu zwingen, einen der Politik des Kremls genehmen außenpolitischen Kurs einzuschlagen. Diese Politik mit ihren Schwankungen von der Verherrlichung de Gaulles als "Retter des Vaterlandes" (1945/46) bis zu Sabotage-Aktionen und Defaitismus (1949/50) führte dazu, daß die der Stalinpartei folgenden Massen in immer größere Verwirrung gerieten und zum Teil passiv wurden. Die stalinistischen Arbeiter, denen es bei den großen Streiks um wirtschaftliche Forderungen gelang, die sozialistischen, ja sogar die christlichen Arbeiter mitzureißen, gerieten dadurch in immer größere Isolierung. Das zeigte sich besonders bei der Anti-Ridgway-Aktion und beim Generalstreik zur "Befreiung Ducloux", die Kader der Stalinpartei blieben allein und mußten den Kampf abbrechen, um eine größere Niederlage zu verhindern.

Diese Lage führte zu großen Diskussionen innerhalb der Partei und auch zu Differenzen in der Führung. Die reine "Friedenstaubpolitik", die von den stalinistischen Arbeitern immer nur Opfer und Einsatzbereitschaft verlangte und auf der anderen Seite keine Erfolge im Kampf um die Tagesinteressen brachte, hatte sich als unwirksam erwiesen und führte zu einer Wendung in der stalinistischen Taktik, für die sich die Mehrheit der Führung unter dem Druck von unten und wahrscheinlich gegen den anfänglichen Widerstand Moskaus entschloß. Marty und Tillon, die sich dieser Wendung widersetzten, wurden aus ihren zentralen Funktionen in den letzten Wochen entfernt. Die neue Taktik soll darin bestehen, die Arbeiter für ihre Tagesforderungen zu mobilisieren und so ihr Vertrauen in die Stalinpartei wieder zu festigen. Die "Kampagne für den Frieden" soll zwar weitergeführt werden, aber dabei keine allzugroßen Risiken eingegangen werden. Die stalinistische Führung hat in den letzten Monaten die Erfahrung gemacht, daß jede größere Aktion in der heutigen Lage bürgerkriegsartigen Charakter annimmt und man daher mit solchen Aktionen nicht spielen kann, ohne gleichzeitig entschlossen zu sein, den Kampf konsequent weiterzuführen bis zur Machtübernahme. Kampf um die Macht in Frankreich durch die Stalinpartei bedeutet aber gleichzeitig den 3. Weltkrieg auszulösen. Dieser Lage ist sich in Frankreich sowohl die stalinistische Führung und die ihr folgende Mehrheit der Arbeiterklasse wie auch die Bourgeoisie bewußt. Beide Teile bereiten sich auf diesen Entscheidungskampf vor, das Signal dazu wird aber nicht in Paris, sondern in Washington und im Kreml gegeben werden.

Aus dieser Lage ergeben sich auch besondere Aufgaben für die Sektion der IV. Internationale in Frankreich. Die kommenden Klassenkämpfe werden unter der Führung der Stalinisten stehen. Die Stalinisten selbst werden, je näher der Krieg kommt, gezwungen sein,

die Arbeiter zum Klassenkampf gegen die Bourgeoisie zu mobilisieren, weil dies im Interesse der russischen Außenpolitik liegt. Die französische Arbeiterklasse wird in Bewegung gesetzt unter der Führung der Stalinisten; damit diese Bewegung nicht unter dieser Führung endet, ist es notwendig, daß die revolutionären Führer der PCI mit-ten in dieser Bewegung stehen, mitkämpfen und bei Aufrechterhaltung ihrer grundsätzlichen Kritik am Stalinismus den stalinistischen Arbeitern helfen, an Hand ihrer eigenen Erfahrung ihre stalinisti-schen Illusionen zu überwinden.

Ein Teil der PCI unter Führung von Blabbeu hat diese Lage nicht begriffen. Sie haben sich von der PCI abgespalten und ver-suchen nun, einen "antistalinistischen" Weg der Mobilisierung der Arbeiter zu gehen. Sie werden sich von diesen Illusionen entweder bald befreien müssen, in die PCI zurückkehren oder den Weg der voll-ständigen Isolierung und des Zerfalls beschreiten. Eine andere Mög-lichkeit gibt es in der gegenwärtigen Lage nicht.
